

Protokoll GEB Sitzung vom 8.4.2019

2. Sitzung Schuljahr 2018/2019, Dienstag, den 9.4.2019, 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Rathaus

Anwesend: Elternbeiratsvorsitzender Herr Johannes Volz, weitere 22 stimmberechtigte EBe

Als Gäste: ASJ vertr.d. Frau Spieler und Herr Beck, Herr Bürgermeister Blümcke, Schulleitung Süd der Gemeinschaftsschule Schulzentrum Ravensburg, Frau Glosser

Da die GEB-Sitzung aus organisatorischen Gründen doch nicht an der Realschule Ravensburg stattfinden kann, wurde die Sitzung ins Rathaus verlegt, weshalb auch die Vorstellung der Realschule Ravensburg entfällt.

Herr Volz begrüßt die Anwesenden und es folgt eine kurze Vorstellungsrunde, in deren Verlauf die Vertreter der einzelnen Schulen kurz darstellen, welche Themen die jeweilige Schulen aktuell bewegen.

Die Kuppelnau-Schule beschäftigt sich natürlich immer noch mit der aktuellen Schulentwicklung und der Zusammenlegung der GMS, ebenso jedoch mit den Elternhaltestellen, welche demnächst eingerichtet werden und dem avisierten Medienplan.

Das Spohngymnasium diskutiert ebenfalls über Elternhaltestellen und die Frage, wie es mit der geplanten Halle in Rechenwies weitergeht.

Die Weststadtschule entwickelt das Thema Schulweg und Elternhaltestellen unter dem Motto „HIN und WEG“ weiter. Als zu lösende Frage stellt sich auch die Tatsache dar, dass nahezu die Hälfte der Kinder nicht evangelisch oder katholisch getauft sind, so dass diese derzeit eigentlich keinen adäquaten Unterricht zum Religionsunterricht besuchen.

Die Barbara-Böhm GMS ist konsequenterweise ebenfalls mit der Zusammenführung der GMS befasst, aus Sicht der dortigen Elternvertreter ist noch eine gewisse Intransparenz zu bemängeln.

Die Realschule beschäftigt sich mit der Frage, wie lange das Übergangsmodell der Containermodule noch bestehen bleibt.

Die GS Weissenau ist mit dem Thema Schulleitung okkupiert.

Die GS Neuwiesen bedauert die teilweise Streichung des Zuschusses für Schulobst und versucht, die bereits eingerichteten Elternhaltestellen zu

bewerben. Ebenso ist der Übergang der Schüler in die weiterführenden Schulen (Thema Englischunterricht) in der Diskussion.

Das AEG ist nach wie vor mit der Einführung und Organisation des neuen Profulfaches IMP befasst, ebenfalls mit der Frage, ob Elternhaltestellen eingerichtet werden sollen/können, dies auch unter den Aspekten des Klimaschutzes und der Weiterentwicklung des Schulcampus (z.B. Fahrradständer)

Die GS Eschach hat sich bereits mit dem Schulweg seit längerer Zeit beschäftigt.

Das Welfen-Gymnasium organisiert die Sporttage, die Schultage zwischen Rutenfest und Ferien und versucht auch, das Thema „Fridays for Future“ verträglich zu behandeln.

Die GS Oberzell organisiert ein Zirkusprojekt.

St. Konrad feiert das 50-jährige Jubiläum und beklagt ebenfalls das hohe Aufkommen der „Elterntaxi“.

1. Fridays-for-Future

Es kommen die Schüler, welche die „Fridays for Future“ Bewegung in Ravensburg maßgeblich organisieren und welche der GEB eingeladen hat, zu Wort:

Die Schüler führen kurz zur Entstehungsgeschichte der Bewegung und die Ausweitung bis nach Ravensburg aus. Sie erklären, es handele sich zunächst um eine erste Phase der Demonstrationen, wie lange diese andauern wird, wird sich entscheiden, wie die zwischenzeitlich formulierten Forderungen in Berlin umgesetzt werden. Die Vertreter der Bewegung vor Ort befassen sich mit der Organisation der Demonstrationen an den Freitagen und versuchen, auch in anderen Gremien (wie z.B. GEB) präsent zu sein., um zu vermitteln, dass es natürlich nicht um das Schuleschwänzen geht, sondern um die ernsthafte Wahrnehmung der Klimaproblematik und der Durchführung von ernsthaften und sinnvollen Klimaschutzmaßnahmen. Es geht um die sachliche Diskussion und nicht um die Reduzierung auf Nebenschauplätze. Es soll auch nicht gegen die Schulen gearbeitet werden, sondern – ganz im Gegenteil – zusammen mit den Schulen ein Fortschritt erreicht werden.

Auf die Frage, wie die Entwicklung der Teilnahme der Schulen aussieht, wird erklärt, dass die Schulen nicht nur in Demonstrationen eingebunden werden, sondern auch in konkrete Aktionen vor Ort wie z.B. das „clean-up“.

Auf Frage, inwieweit das Thema in den Schulen implementiert ist, wird bemängelt, dass seitens der Schulen selbst keine Ideen vorgetragen werden. Es sollen in Umweltausschüssen der Schulen Ideen entwickelt und die Umsetzung derselben organisiert werden. Als Beispiel dient z.B. im Sinne des „fair trade“ die bisherigen Kaffeeautomaten abzuschaffen und stattdessen auf nachhaltige Möglichkeiten zu bauen.

Die Fair-trade- Zertifizierung des Welfen-Gymnasiums und des Spohn-Gymnasiums läuft im Übrigen.

Die Schüler verweisen auf die existierenden Umweltleitlinien, welche sie erstellt haben und welche dem Protokoll beigelegt sind.

Die Eltern können die Klimakonzepte an den Schulen natürlich unterstützen, ebenso wurden die Schüler in der Schulkonferenz angehört. Sie haben jedoch den Eindruck, dass diesbezüglich bisher keine Resonanz erfolgt ist.

Es wird nun die Handhabung der Schulleitungen der „Fridays-for -Future“ Demonstrationen diskutiert:

Frau Glosser von der GMS berichtet, dass sich die Schulleitungen bzgl. ihres Vorgehens abgestimmt haben und bezieht sich unter anderem auf das Schreiben des geschäftsführenden Schulleiters der Gymnasien Herrn Overhage. Die Schulleitungen müssen die Vorgaben des Ministeriums umsetzen und befinden sich daher in einem Dilemma. Einerseits sympathisieren sie mit dem Ziel der Bewegung, andererseits kann das absichtliche Fernbleiben der Schüler nach den Vorgaben des Ministeriums nicht ohne Folgen bleiben. Es wird aus einem Brief des Kultusministeriums vom 26.2.2019 an die Schulleitungen zitiert, dass die Schulleitungen über die Einhaltung der Schulpflicht wachen müssen. Derzeit gibt es aber wohl noch einen gewissen Ermessensspielraum. An den verschiedenen Schulen im Land gibt es demnach auch viele pragmatische Lösungen. Die Realschule berichtet z.B., dass es lediglich 5 – 10 Demoteilnahmen gab, welche vorab schriftlich von den Eltern entschuldigt wurden. Der Unterricht wurde jeweils am Freitag Nachmittag von den Schülern nachgeholt.

Es wird entscheidend sein, wie es mit den Demonstrationen weiter geht. Bei allem Verständnis für die Bewegung wird ein dauerhaftes Fernbleiben vom

Unterricht nicht toleriert werden. Wenn die Demonstrationen anhalten, werden die Reaktionen der Schulleitungen starrer werden müssen und das Kultusministerium wird weitergehend reagieren.

Ziel soll sein, das Thema möglichst „von der Straße ins Klassenzimmer“ zu tragen.

Die Schüler sollen nicht nur mit Forderungen an die Schulleitungen herantreten, sondern in Gremien wie der SMV oder in Umweltausschüssen Konzepte erarbeiten, so dass diese dann organisiert umgesetzt werden können

Die Eltern können sich bei den „Parents for Future“ organisieren und engagieren.

Die Schüler stellen fest, dass jeder Schüler ausreichend über den Stand des Klimawandels und die Möglichkeiten des Klimaschutzes aufgeklärt ist. Daher ist auch nicht ihr vorderstes erklärtes Ziel, den Klimaschutz weiter in den Schulen voranzutreiben, wobei dies als Nebeneffekt sicherlich wünschenswert ist.

Die Schüler machen klar, dass sie das Fernbleiben vom Unterricht als Druckmittel sehen und als die derzeit einzig wirksame Art, die notwendige Aufmerksamkeit zu erreichen.

Herr Blümcke hält fest, dass der Klimaschutz auch von der Stadt Ravensburg aktiv vorangetrieben wird, die Schüler sollen in Klimakonzeptionen einsteigen.

Herr Beck betont, dass dieses Thema auch die kommunale Jugendarbeit betrifft und das vorliegende Papier der Schüler diskutiert wird. Der Umweltschutz soll seit 10 Jahre verankert werden, gerät aber offensichtlich immer wieder in den Hintergrund. Daher sei der Anstoß der Schüler nun gut und wichtig, Lösungen sollen schnell und wenn möglich zumindest konzeptionell angegangen werden, wenn es länger dauert oder teuer wird.

Auf Frage, aus welchem Grund an den Schulen keine Mülltrennung vorgenommen wird, führt Herr Beck aus, dass man das bereits schon einmal versucht hat, dieser Versuch aber nicht erfolgreich war. Man wird dieses Thema aber wieder aufnehmen.

Frau Buchmann-Mayer führt aus, dass die Bewegung „Parents-for-Future“ als Vorbildfunktion für die Kinder dienen kann, auch für die jüngeren Schüler, die auf diesem Wege über die Eltern eingebunden werden können.

Auf Frage berichten die Schüler, dass die nächste Fridays-for-Future Demonstration für den 24.5.2019 geplant ist. Die weiteren Aktionen der Schüler werden an die Reaktionen und Aktionen der Politik angepasst werden.

Es sei auch ein Klimabildungstag geplant, an welchem an der PH Weingarten Vorträge, Diskussionsforen und gemeinsame Malzeiten unter Einbeziehung der Studenten stattfinden.

Es wird den Schülern für Ihren Einsatz und Ihre Teilnahme an der Sitzung gedankt und sie werden um 20.45 Uhr verabschiedet.

Anschließend wird diskutiert, in wieweit sich der GEB in das Thema einbringt. Es wird mehrheitlich beschlossen, dass der GEB nicht zu Schülerstreiks aufrufen wird.

Zur Frage, ob der GEB über andere Aktionen der Schüler über seinen Verteiler informieren soll (z.B. „clean-up“), wird vorgetragen, dass so auch Eltern von geplanten Aktionen erfahren können, deren Kinder nicht direkt in die Organisation oder an den Schulen involviert sind und die sonst solche Aktivitäten verpassen.

Dagegen spricht jedoch, dass der GEB zur Neutralität verpflichtet ist, er vertritt alle Eltern, auch diejenigen, die die „Fridays-for-Future“ Aktionen kritisch sehen.

Der GEB ist auch nur Schulthemen verpflichtet, die „Fridays-for-Future“ Aktionen sind jedoch eher politisch geprägt.

Ausschlaggebend dürfte das Argument sein, dass dann auch andere – auch politische – Organisationen ebenfalls verlangen könnten, dass ihr Informationsmaterial über den GEB versandt wird.

Es wird abgestimmt und die Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten GEB-Mitglieder stimmt gegen eine Informationsverteilung zum Thema „Fridays-for Future“ über den GEB.

2. Bericht des Schulträgers

- aktuelle Zahlen/Schulanmeldungen

Es wird auf die Anlage des Protokolls verwiesen, in welchem die aktuellen Zahlen enthalten sind.

- **Schulentwicklung**

Herr Blümcke berichtet, dass den Schulträger vor allem der schnelle Wandel umtreibt. Die Lehrerversorgung, die Migration, Rückstände beim Gebäudeunterhalt sind alles Themen, die zwar gelingen, jedoch stets rasche Entscheidungen fordern und sich ständig weiterentwickeln.

Viele Entscheidungen würden auf anderer Ebene jedoch nur halbherzig getroffen, so dass der Schulträger aktiv werden muss, so z.B. beim Schulentwicklungsplan.

Herr Blümcke bedankt sich für die gute Zusammenarbeit bei der Zusammenlegung der GMS. Es gäbe nun schon mehr Anmeldungen als im vergangenen Jahr. Im ländlichen Gebieten gingen die Anmeldungen an den GMS zurück, was zeige, dass der Weg, den Ravensburg eingeschlagen hat (mit dem Ziel eines „Campus RV“), der richtige sei.

Nach wie vor sei aber nicht geklärt, ob es einen Neubau oder eine Sanierung beim Standort Kuppelnau gebe. Es werde auch eine Interimslösung diskutiert.

Frau Glosser von der GMS erwähnt hier nochmals, dass die Zusammenlegung gut funktioniere und es sei auch ein gemeinsamer pädagogischer Tag geplant. Sie erfahre auch viel fachliche Unterstützung von außen. Sie sei außerdem froh, dass die Konkurrenz der GMS nun beendet sei und bedankt sich bei der Stadt und dem ASJ.

Herr Blümcke trägt weiter vor, dass es nach wie vor eine Priorisierung der Projekte geben müsse.

- **Container Realschule**

Die Container an der Realschule bleiben noch, da der Nutzungsbedarf auch seitens anderer Schule besteht. Außerdem fehlt leider das Fachpersonal für die Planung der Alternative (Grünflächen etc.), wenn die Container abgebaut werden.

- **Digitalisierung**

Bei der Digitalisierung wurde für die GSen, die sonst zu lange warten müssten, eine Interimslösung gemeinsam mit den einzelnen Schulen gefunden. In der Größenordnung von 20.000 € bis 30.000 € werden an diesen Schulen Einzellösungen vorgenommen (.zB. Medienwagen).

Auf Frage erklärt Frau Spieler vom ASJ, dass die Begehungen in den einzelnen Schulen stattfand und man sich mit den Schulen schnell einig geworden war, so

dass man vergessen hat, die Rückkoppelung mit den Eben vorzunehmen, wie dies eigentlich vorgesehen war.

Herr Blümcke führt aus, dass die Digitalisierung jeweils von den Schulkonferenzen beschlossen werden muss. Die Schwerpunkte auch bei der Digitalisierung der Stadt selbst sind jederzeit einsehbar. Das Land hat mehr in die Lehrer-Fortbildung investieren müssen, so dass die Digitalisierung auch fachlich und pädagogisch kompetent seitens der Lehrer begleitet werden kann.

Die Haltung der Stadt sei pragmatisch, man müsse und wolle dauerhaft am Thema dranbleiben, es sei dem Schulträger bewusst, dass man hinterherlaufe.

Es soll „Roberta“ mit dem Fraunhofer Institut gegründet werden.

Die Sanierung des Welfen-Gymnasiums läuft weiter, bei der Stefan-Rahl-Schule wurden 340.000 € für die Digitalisierung investiert.

Auf Frage wird erklärt, dass man zwischen dem „Digitalpakt“ und den Budgets der Schulträger zur Digitalisierung unterscheiden muss.

Es werden Landesmittel in Höhe einer Pauschale von 50 € pro Schüler bereitgestellt. In RV sind für die Interimslösungen an den GSen bereits 200.000 € und für den 4. Abschnitt der Spohnsanierung bereits 90.000 € ausgegeben.

Die Bundesmittel werden in den Kommunen verteilt. Hierzu wird in den kommenden Wochen noch eine Verwaltungsvorschrift ergehen. Darin werden Antragsfristen und Förderungsquote pro Maßnahme geregelt sein.

- **Sporthalle**

Die Entscheidung, ob die geplante Halle in Rechenwies gefördert wird, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefallen. Man rechnet mit einer Entscheidung nach Ostern.

Die Sporthallen an den Gymnasien benötigen unabhängig davon dringend eine Sanierung (bauliche Probleme wie Decke, Heizung). Es wird wohl einen ersten Sanierungsabschnitt in den kommenden Sommerferien und dann einen zweiten Abschnitt in den Sommerferien 2020 geben.

Herr Volz weist darauf hin, dass es interessant werden wird, wenn die Förderung der geplanten Halle in Rechenwies abgelehnt wird. Dann würde ja eventuell eine umfangreichere Sanierung der Hallen anstehen. Die Fachschaft Sport hat errechnet, dass man 80 bis 90 Einheiten Bedarf an einer Sporthalle hat.

Herr Beck stellt fest, dass unstreitig ist, dass man eine dreiteilige Halle benötigt

Herr Volz wünscht sich im Namen der Eltern, dass diese bei der nächsten Entscheidungsfindung die Halle betreffend mit eingebunden werden.

Auf Frage: Das Thema Fahrradständer auf dem Campus der Gymnasien wird bearbeitet. Die Zahlen, der Bedarf und die Planungen liegen vor. Es erfolgt nun die Rücksprache mit dem Dezernenten, ob und gegebenenfalls wieviel finanzielle Mittel für weitere Investitionen möglich sind.

Herr Beck, Frau Spieler und Herr Blümcke verabschieden sich um 21.43 Uhr.

3. Digitalisierung Weststadtschule

Frau Anna Wiech von der GS Weststadt stellt im Anschluss in einer Bildschirmpräsentation die dort erfolgten Maßnahmen und Einrichtungen im Zuge der Digitalisierung vor.

Frau Wiech betont, dass es besonders wichtig ist, dass auch In-House Schulungen stattfinden, um das Lehrerkollegium mitzunehmen.

Es wird im Übrigen auf die dem Anhang beigefügte Präsentation verwiesen.

Ende der Sitzung 22 Uhr.

Für das Protokoll

Susanne Walser